

Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig

Das Volksblatt für Stadt und Land

Belegnummer 10 Goldpf.

Ersteinwerterstag. Der Verkaufspreis beträgt für die Zeit vom 18.-31. Juli 0,90 Goldmark. Redaktions-Zentrum Deuthen 459	Pro fide et patria	Geschäftsstellen-Zentrum Deuthen 458	amliche Anzeigen 0,20 Goldmark. Restanzen 0,40 Goldmark. Laufende Anzeigen werden nur zum Tagespreis berechnet. Redaktion und Geschäftsstelle Deuthen D.-S., Bielefelderstraße 9
--	--------------------	--------------------------------------	--

Goll der Reichsfinanzler nach London gehen?

Zur bevorstehenden Entscheidung deutscher Vertreter nach London.

Neueste Nachrichten.

Die kommunalistische Niederfachliche Arbeiterzeitung ist auf die Dauer von 4 Wochen verboten worden, und zwar wegen fortgesetzter Anreizung zum Bürgerkrieg und wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen die Mitglieder der Reichsregierung.

Die Reparationskommission hat für die Beurteilung der Gehaltentwürfe über die Eisenbahnfrage, Annullationsobligationen und Goldnotenbank noch keinen Zeitpunkt festgelegt. Sir John Bradbury hält sich zurzeit in London auf.

Die Arbeitgeber im Baugewerbe haben, wie aus London gemeldet wird, die Aussperrung der Arbeiter beschlossen. Sie wird Sommersend im Winter in Kraft treten.

Nach einer Hausordnung aus Butare ist ein Auslieferungsvertrag zwischen Rumänien und den Vereinigten Staaten von dem Außenminister Duceu und dem amerikanischen Gesandten unterzeichnet worden.

Das englische Unterhaus nahm gestern Abend in dritter Lesung ohne Abstimmung die Haushaltsvorlage an.

Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht vorläufige Personalabbaubestimmungen zur preussischen Personalabbaubehörde.

Der 19jährige Arbeiter August Ebel aus Wuppertal, der Mitglied der Separatistenbänden in der Wehr war, wurde vom Reichsgericht wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 4 Jahren Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Reichstagsauschuss für die bestellten Gehälter erließte u. a. einen Zeitraumsantrag, der die Aufhebung des gegen den Hilfsbund für verdrängte Gläubiger im besetzten Gebiet erlassenen Verbots betrifft.

Der englische diplomatische Vertreter hat dem Delegierten des türkischen Außenministeriums eine Note übergeben mit der Anfrage, wie sich die Türkei die neu unmittelbar Verhandlungen über die Wollfrage denke.

Dem 1. Strafamt des Kammergerichts, wurde der Major Rißer und der Angehörte Burgsdorf, die an Frankreich gebornen Dienstboten über das Marinefliegerwesen verurteilt, wegen Landesverrats zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Im Hinblick auf die für den 3. August von der Reichsregierung beschlossenen allgemeinen Gewerbesteuer für die Eyer des Weltverkehrs, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß an diesem Tage genehmigungspflichtige Verhandlungen irgend welcher Art nicht zugelassen werden.

Kredite für Bergung der Landwirtschaft

Berlin, 25. Juli. Wie amtlich mitgeteilt wird, werden der Landwirtschaft auf Grund von Verhandlungen des Ernährungsausschusses mit der Reichsbank und der preussischen Staatsbank Kredite für die Bergung der Ernte bereitgestellt, die an die preussischen Zentral-Gesellschaftsstellen, die deutsche Girozentrale, die Zentralbank und die Zentrale der Landesbanken bzw. an die Staatsbanken der Länder weiter geleitet werden. Der Zinsfuß der Kreditnehmer zu zahlen hat, ist grundsätzlich 13 Prozent betragen. Die Gewährung von Krediten erfolgt im Rahmen der vorhandenen Mittel für die Landwirtschaft, welche Gesellschaften angegeschlossen sind durch die der Reichsbank an. Für diejenigen Landwirtschaften, welche mit diesen Organisationen nicht in geschäftlichen Verbindungen stehen, durch die öffentlichen Sparkassen, die Landesbanken und die in diesen öffentlichen rechtlichen Kreditanstalten (Landesbanken, Sparkassen), welche von den Landesregierungen beschließen werden.

Berlin, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Einladung Deutschlands zu der Londoner Konferenz ist immer noch nicht erfolgt. Sie scheint aber außer Zweifel zu stehen. Für diesen Fall taucht die Frage auf, ob der Reichsfinanzler selber nach London gehen soll.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Auffassung, daß das Gelingen sollte. Selbstverständlich muß dem Reichsfinanzler selber die Entscheidung darüber vorbehalten werden. Aber es sprechen eine ganze Reihe der wichtigsten politischen Gründe dafür, daß der Reichsfinanzler in Person in London erscheine. Zunächst muß man beachten, daß auf der Londoner Konferenz die Premierminister der alliierten Länder zugegen sind und daß naturgemäß unter der Voraussetzung der Anerkennung der Gehaltsberechtigung Deutschlands als Verhandlungsteilnehmer unter diesen Umständen auch der deutsche Regierungschef zugegen sein müßte. Die Londoner Konferenz ist etwas mehr als eine geschäftliche Angelegenheit. Sie ist nämlich der Versuch, die persönliche Zuhilfenahme der leitenden Männer der Mächte in die Wege zu leiten. Dazu kommt aber noch eine andere Erwägung: Der Reichsfinanzler verfolgt bezüglich des Sachverständigen-Gutachtens eine durchaus klare Linie. Daß bei dem Außenminister diese Linie immer vollständig

gerade und klar gewesen wäre, wird man nicht behaupten können. Darum hat der Reichsfinanzler sich auch in einer geradezu stoffreinigend wirkenden Rede vor der Presse über die Politik der Reichsregierung ausgesprochen. Dem Reichsfinanzler würde unter diesen Umständen zweifellos das größere Vertrauen zugewandt werden, und die Londoner Konferenz ist ja in ihrem Wesen dazu bestimmt, die große Vertrauenskrise, die die Welt bislang in Verwirrung gebracht hat, zu beenden.

Paris, 25. Juli. Nach einem offiziellen Haavard-Bericht aus London ist es möglich, daß die Konferenz heute nachmittags zu ihrer dritten Vollziehung zusammengetreten wird. Die Aussprache wird sich auf die Arbeiten der zweiten Kommission beziehen, die einen ausführlichen Bericht über die Aufstellung der wirtschaftlichen Forderungen der alliierten Staaten abgefaßt hat. Im Verlauf dieser Sitzung würde auch die Einladung deutscher Vertreter nach London beschloffen werden. Das Datum ihrer Ankunft würde indessen noch nicht festgelegt, je nachdem die Arbeiten vorwärtsschreiten. Aus französischer Quelle verlautet weiter, daß MacDonald im Einverständnis mit den anderen Führern der Delegationen und nach einer Unterredung mit den juristischen Sachverständigen die deutsche Regierung auffordern wird, sich für die Entsendung ihrer Vertreter bereit zu halten.

Die festen Forderungen der Bankiers.

Paris, 25. Juli. Wie aus London berichtet wird, wird die erste Kommission heute mittags in London zusammenzutreten, um weiter über eine Kompromißformel für den Paragraph 4 ihres Berichtes, der sich bezieht auf die Frage der Verzinsung und Sanktionen, zu beraten. Ein Ausgleich ist bisher noch nicht gefunden worden. Im Verlaufe des gestrigen Tages ist ein neuer Vorschlag erfolgt, der sich auf den Inhalt des letzten belgischen Vorschlages aufbaut.

Dem „Recht Parisien“ zufolge lautet er dahin gehend, daß, wenn eine Nacht andere Sanktionen ergreifen würde, als die von dem fünf-Männer-Ausschuss, diese Nacht nicht nur die Garantien für den Zinsdienst, sondern auch für die Wiedererstattung des Kapitals übernehmen würde.

Es ist nicht bekannt, wer der Verfasser der Kompromißformel ist. Man vermutet auf jeden Fall, daß sie den Kreisen der belgischen Delegation entstammt. Die Bankiers haben erklärt, sie könnten sich mit der Formel in der gewöhnlichen Sitzung nicht einverstanden erklären und würden nur eine gemeinsame Garantie sämtlicher verbündeten Staaten gelten lassen. Nach dem „Recht Parisien“ bleibt nichts anderes übrig, als auf den ersten Vorschlag des belgischen Ministerpräsidenten zurückzugreifen. Er entspricht am besten den Punkten des Vertrages und würde wohl am besten den Forderungen der anglo-amerikanischen Finanzwelt gerecht. Der Vorschlag liegt demnach fest, daß die Reparationskommission ihre Vollmachten zur Feststellung einiger deutscher Verbindungen einem aus den Männern des früheren Sachverständigen-Komitees zusammengesetzten fünf-Männer-Ausschuss übertrage oder sie es auf einer Einholung eines konsultativen Gutachtens belasse, bevor sie selbst zu der Feststellung solcher Verbindungen schreiten werde.

Paris, 25. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Recht Journal“ in London will voraussichtlich kommen, daß am kommenden Montag in der Frage der Garantie und der Sanktionen eine Formel gefunden werde, die nicht wesentlich von der von den belgischen Vorschlägen abweicht. In der Frage der Wiedererstattung der Wirtschaftskraft habe die 2. Kommission ihre Arbeiten vollendet, mit Ausnahme der Frage der 400 Einheiten, die Belgien und Frankreich in den Weltbanken belassen wollte. Es sei nicht unmöglich, daß man wegen

dieser Frage für heute Nachmittag die Konferenz zusammenzurufen werde.

Am die Würde Herrliche.

Paris, 25. Juli. Über die Lage in London gibt der Sonderberichterstatter des „Recht“ eine Darstellung in der es heißt: Ein längerer Aufenthalt Herrliche in London habe große Wichtigkeit. Der Ministerpräsident verliere dort von seiner Würde, denn Frankreich, das durch seine Regierung vertreten werde, dürfe nicht auf Gnade und Ungnade den schäblichen Schicksal eines Ausländerbesatzung ausgesetzt sein. In London gebe es ausgezeichnete französisch-Sachverständige, die wohl insstande wären, unter der Leitung des Finanzministers die Verhandlungen zu Ende zu führen. In 8 oder 14 Tagen werde dann Herrliche zurückkommen und die Regierung würden die Entscheidungen der Sachverständigen in ein allgemeines Wort fassen, aufnehmen.

Ein Gefühl der Gedrücktheit.

London, 25. Juli. „Times“ zufolge, hat gestern Abend in alliierten Konferenzkreisen ein Gefühl der Gedrücktheit geherrscht. In manchen Kreisen sei die Meinung, daß die Konferenz zum Herbst vertagt werden müsse, eintreten worden. Auf Herrliche werde Druck ausgeübt, um ihn zu veranlassen, nach Paris zurückzukehren, am Anfang nächster Woche vor dem französischen Parlament eine Erklärung abzugeben. In dieser Frage habe er jedoch noch keinen Beschluß gefaßt.

Beratung der Reichsminister.

Berlin, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des gestrigen Nachmittags fand im Reichstag eine kurze Beratung der Reichsminister statt, in der offenbar die Ansicht, daß eine politische Debatte im Augenblick nicht haben könne, jedoch sich die meisten Parteien auf kurze Entlassungen beschließen würden, nicht ganz durchgenommen ist. Die Einladung zur Londoner Konferenz wird bei den maßgebenden Stellen erst für Anfang nächster Woche erwartet, da sich inzwischen herausgestellt hat, daß das Ergebnis der Verhandlungen des juristischen Ausschusses in London zunächst durch die Vollkonferenz genehmigt werden muß. Insbesondere nachdrücklich wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die finanzielle und belgische Anleihe, auch nach der Klärung der Frage fremde Einlagen in deutschen Eisenbahnen zurückzulassen, dränglich und durchführbar sei.

Die Aufwertungsfrage.

Berlin, 24. Juli. Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschäftigte sich mit dem Antrag auf Einleitung bzw. Aufhebung der Personalabbaubewegung n. n. A. (Finanzminister Dr. Luther wandte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, die weitere Durchführung des Personalabbaues sofort und solange auszuhalten, bis der Gelegenheitswert über eine zweite Veränderung der Personalabbaubewegung veränderlich sei. Die Annahme vorerwähnter Verabreichung der Folge haben, daß dieses Antrages würde die Folge haben, daß Länder und Gemeinden, die zum Teil bisher nicht mehr abgebaut haben, sofort den notwendigen Abbau einleiten. Ferner würde der organische Plan der Regierung, der in Form eines Entwurfes dem Reichstag vorliegt, durchbrochen werden, wenn jetzt der Abbau ganz allgemein ausführen müßte.

Darlehens-Rückzahlung von ausgewiesenen Beamten.

Die den ausgewiesenen Beamten auf Grund früherer Anordnungen gewährten Darlehen sind, so häufig der preussische Minister des Innern in einer Verfügung aus, bestimmungsgemäß zurückzuführen. Darlehensbeträge sollte sich nach dem Gehaltsmerkmal richten, der vom Reichsfinanzminister festgelegt werden soll. Diese Verfügung hat insofern der Stabilisierung der Mark und der damit einsetzenden Gehaltszahlung in Goldmark nicht mehr in Betracht. Es würde deshalb an den Goldwert der gewährten Darlehen zurückgegangen, der in der Weise ermittelt wird, daß das Darlehen nach dem amtlichen Dollarkurs der Verfallende Höhe an dem den Wechselkurs vorliegenden Tage umgerechnet wird.

Die Praxis hat jedoch ergeben, daß diese allgemeine Aufwertung unter Umständen den Ausgewiesenen eine große Härte bedeutet, die das Darlehen z. B. in der Zeit der härtesten Inflation genommen (November v. Jahres), so hatte es damals bei weitem nicht den Kaufkraftwert, den es etwa bei einer heute erfolgreichen Abgabe haben würde. Zur Ausgleichung dieser Härten werden deshalb nunmehr folgende Bestimmungen getroffen: Sämtliche bis zum 4. November v. J. gewährten Darlehen sind nach ihrem Goldwert berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs am Abgabestage zurückzuführen. Darlehen, die von 5. November ab gewährt worden sind, sind allgemein nach dem Kaufkraftwert über den Wechselkurs zurückzuführen, der damals errechnet wird, daß die über den Dollarkurs mit dem Verhältnis 1 : 2 = 1 = Goldmark bei Abzahlung Goldmark bei Gewährung multipliziert werden.

Falls auch diese Maßnahme noch zu Härten in Einzelfällen führen sollte, so ist dafür gesorgt, daß derartige, jedoch nur als Ausnahmen zu verordnende Fälle den zuständigen Behörden zugeleitet werden, damit diese gegebenenfalls in Verbindung mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsminister für die besetzten Gebiete die Summe an demzeitig festlegen.

Der Personalabbau.

Berlin, 24. Juli. Der Reichsverkehrsminister hat an alle Reichsbahninspektoren eine Verordnung erlassen, der zufolge wegen der Schwierigkeiten in der Unterbringung der Beamten in besetzten Gebieten aussonderte Eisenbahner zurückgehalten werden sollen, sofern sie nicht ausreichend Unterkunft nachweisen oder in den besetzten Gebieten einmünden werden. Die Anweisung dient aber nicht für die Einreise zur Beschaffung einer Wohnmöglichkeit. Wie die Z. U. erzählt, sind die Gemeindefürsorge

mit dieser Anregung des Reichsoberkriegsministers durchaus einverstanden, doch auch sie vorüberlicher Natur seien, vor allen Dingen zur Abklärung ohne den Besitz einer festen Wohnung.

Wohnungs- und Ruhrheimkehr.

Berlin, 25. Juli. Im Anwesenheitsbesitz des Reichstages sahlg. Abg. Siegel (D.) vor, sofort einen Unteranspruch einzulegen, der die Ruhrheimkehr veranlassen sollte, behandelte. Abg. Reil (Soz.) schlug zunächst vor, demnach einmal im Anschluss in die tatsächliche Debatte einzutreten und einmal die Organisation der Geschäftsbildung und Schuldner zu hören. Der Ausschuss stimmte dem sozialdemokratischen Antrag zu.

Was in Deutschland gearbeitet wird?

Berlin, 24. Juli. Um festzustellen, welche Arbeitsleistung die tatsächliche in Deutschland ist, hat der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund eine Erhebung in 46122 Betrieben mit 245323 Personen veranlasst. Die Erhebung ergab, daß in der Woche vom 12. bis 17. Mai 24 für etwa zwei Drittel der Betriebe und fast die Hälfte der beschäftigten Personen der Arbeitsstand bestand. Nur ein Drittel der Betriebe mit etwa mehr als der Hälfte der Beschäftigten machten Gebrauch von der insbesondere in den neueren Tarifverträgen gegebenen Möglichkeit, die 48 Stundenwoche durch Überstunden zu verhängen. Das beweist, daß die Behauptungen, in Deutschland werde überhaupt kein Arbeitsstand mehr, nicht aufrecht erhalten werden können.

Nichtachtung der Minderheiten in Polen.

Warschau, 25. Juli. Nach dem Obersteinsten Rat hat die polnische Regierung 27 Kindern der jüdischen Minderheit die Genehmigung zum Besuche derselben schifflich wiederzuerlangen. Die Gründe für diese Maßnahme sind den Gesandtschaftsberichten nicht mitgeteilt worden. Die Mehrzahl der betroffenen Eltern haben neue Anträge eingereicht, obwohl dies nach dem Gesetz verboten ist.

Aus der Republik Polen.

Warschau, 25. Juli. Der Senat hat gestern über das Budget des Ministeriums für Handel und Gewerbe verhandelt. Handel- und Gewerbesminister Niedzwiedzki schlug u. a. mit den Maßnahmen der jetzigen Situation im Gewerbe. Auch das Budget des Ministeriums für Heereswesen wurde erörtert. Ferner hat der Senat das Budget für Finanzen zur Erörterung gebracht und verhandelte über das Gesetz betr. die Vollmachten der Regierung. Die Debatte hierüber wird heute vormittag 10 Uhr weiter geführt werden.

Muttertag.

Man soll nicht scheitern, weil die Erde des Muttertages aus Amerika und dem Norden kam. Das neue Land jenseits des Ozeans hat manches gute Erbe ererbt, die unglücklichsten Zeiten im alten Europa überdauert hatten. Später gelang der Frau, die Mutter, die Welt selbst Europa dem christlichen Glauben einzuführen. Europa eine Selbstverständlichkeit; hier aber wird man sie vielfach nachlässig behandelt und einseitig behandelt finden. Das Fest zum Muttertag wird vielfach durch leichtfertige Schlingung und Schlingung von Ehen gesündigt, täglich werden Frauen auf unwürdige Weise Mutter unglücklicher Kinder.

Sie müssen uns bestimmen, müssen wieder die einfache Wahrheit lernen, daß die Mutter die Quelle der Volkstreu ist, daß jedes Volk die Mutter nicht schuldig und, sich selbst bedenkend. Von der Mutter geht das Leben jedes Menschen aus, sie wird auf ihn fertig gezogen. Leben lang durch nehmenswerte seine Kräfte, auch wenn sie ihm fern, auch wenn sie ihm fern immer entfernt ist. Wer an die Güte und Heiligkeit der Mutter glaubt, kann den Glauben an die Güte der Welt nie ganz verlieren, denn jedem ist die Mutter Selbstverleugern der gottgeschaffenen Natur. Sie ist ihm die Hand der Erde, aus der er emporsteigt und der er zurückkehrt, wenn der Kreis seiner Tage erfüllt ist — in ihm ist ihm gesalbt, daß das Leben und alles, was gut und groß im Leben ist, nicht vergeht.

Große Tüchter haben das Gefühl und zu bilden gelernt: Mit ehrwürdigem Schauer hat man im „Sinn“ von jenem Abend, mit trübem Glauben erlebt man die Befreiung des „Herz“ durch die gläubige Liebe der mütterlichen Solde. Aber auch im einfachsten Menschen, dessen Füßlein unbedarbt ist, für

Der Reichswirtschaftsminister zu der Frage der Agrarrolle.

Berlin, 24. Juli. Der Reichswirtschaftsminister hat dem Berliner Vertreter der Times eine Unterredung über die Frage, ob und welche unabhägliche Bedeutung der neuen Agrarfrage für die Neuorientierung der deutschen Seehandelspolitik beizumessen ist, gemacht, in der er folgendes ausführte:

Man spricht von der Agrarrolle, welche das, als wenn sie ganz neue Wege einschlägt. Das ist nicht der Fall. Sie stellt wieder her, was war. Wenn schon sich seit der Aufhebung dieser Rolle vor 10 Jahren wichtiges verändert hat, insbesondere auch durch den Verlust wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegenüber der Einfuhr aus fremdländischen Ländern ganz verschieden kam. Bei Beurteilung der Zollfrage darf nicht übersehen werden, daß die Befragung der inländischen Erzeugung durch die Umfächter die Zollbefreiung ausländischer Waren zu einem großen Teil umwiegte. Auf die Frage, wie man sich die zollfreie Einfuhr und Handelspolitik vorstellen, erklärte der Minister: Die Wirtschaftspolitik ist sich bewußt, daß nach den politischen wirtschaftlichen Veränderungen das Geschäft der deutschen Wirtschaft zu einem noch wesentlich größeren Teil als früher vom Außenhandel abhängen wird. Deutschland bedarf weitwärtiger Einfuhr aus dem Ausland an Rohstoffen und Lebensmitteln. Es ist mit unbeschränkter Reparationspflichten belastet. Zur Abdeckung dieser Zahlungsverpflichtungen hat Deutschland gegenwärtig fast nicht mehr als den Gegenwert seiner Ausfuhr. Deutschland, das dem Ausland am stärksten verschuldet ist, ist daher als gegen ein anderes an der

Verpflichtung der Handelsbilanz interessiert. Gleichwohl zeigt die Handelsbilanz eine stark passivität, die nur zum geringsten Teil auf Zins-einfuhr zurückzuführen ist, die etwa 5 bis 6 Prozent der gesamten Einfuhr ausmacht. Wir müssen unter allen Umständen eine entgegenkommende Zollbelastung unserer Waren in der Welt erheben und sind uns darüber im Klaren, daß wir auf solche nur rechnen können, wenn wir uns selbst den Erzeugnissen anderer Staaten nicht willkürlich verschließen. Deshalb wird der in der Ausarbeitung begriffene neue Zolltarif keineswegs hochschutzmäßiger Deutschland sein. Der Weg vielmehr, auf dem wir zu unseren gemeinsamen Zielen der Sicherung unseres Handelsverkehrs, in denen den mit Deutschland gerade interessierten Staaten Zollbefreiungen gegen entsprechende Ausgleichsleistungen gewährt werden sollen. Insbesondere erwartet Deutschland durch diese Verträge die Gleichberechtigung und die Selbstbestimmung mit anderen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiete wiederzuerlangen.

Ueber die Beratungen des wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates über die Zollfrage der Regierung werden die Blätter noch, daß mit 24 gegen 22 Stimmen ein Gutachten der Agrarrollenabteilung abgelehnt und die Regierung aufgefordert wird, von der Einführung der Agrarrolle 3. J. Abstand zu nehmen. Dagegen fand ein Antrag der Arbeiterkammer Annahme, der es für notwendig hält, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Agrarrolle unter Berücksichtigung der Entwürfe der Wirtschaftsbeziehungen des Reiches gewählt wird.

Die Rüstungsfrage im englischen Unterhaus.

London, 25. Juli. Greg fragte im Unterhaus den Präsidenten des Geheimen Staatsrates, ob er seine am 14. d. M. abgegebenen Erklärungen ergänzen könne durch eine Mitteilung darüber, welche Fortschritte mit dem Plane einer Einschränkung der Rüstungen gemacht worden seien, und zwar, welche dokumentarisch belegten Fortschritte. Greg schlug vor, daß die Dominions befragt und die öffentliche Meinung des Landes sondiert würde, ob England nicht bereit sei, gemeinsam mit den anderen Mächten eine Verpflichtung einzugehen, bezüglich der Auslegung der Artikel 10 und 16 der Völkervereinbarungen in dem Sinne, daß

erklärt, biete die einzige wirksame Grundlage für eine dauernde Sicherheit in Europa. Jede Anstrengung müsse unternommen werden, um diese Abklärung zustande zu bringen. Wenn eine Regierung auf der Abrüstung erntet sei und wenn man sie als einzige dauernde Garantie des Friedens wünsche, dann muß man eben

Die Länder in den Völkervereinbarungen.

hineinnehmen, die noch nicht darin seien. Es sei unmöglich, für die britische Regierung ohne lokale Unterfertigung der Dominions eine erfolgreiche Abrüstungspolitik zu führen. Das britische Reich müsse als Ganzes auftreten. Die Dominions hätten sich aber ausdrücklich gegen den Plan einer gegenseitigen Unterfertigung erklärt. Der Völkervereinbar habe selbst bezüglich dieses sogenannten Vertragswerks für gegenseitige Unterfertigung keinerlei Anstöße ausgeprochen. Der ständige Abrüstungsausschuss hat dagegen einstimmig erklärt, daß der Vertrag eine vorher vereinbarte Klausel enthalte. Das sei notwendig für den gesamten Gedanken des dauernden Weltfriedens. Anstatt die Abrüstung zu vermindern, werde er nur die Nationen dazu bringen, weitere Streikkräfte aufrechtzuerhalten. Das Ziel der britischen Regierung sei, internationales Zusammenwirken, um den internationalen Frieden zu fördern. Dies könne nur durch Wohlwollen und freundschaftliche Beziehungen unter den Nationen erreicht werden. Die Regierung dürfe entgegengekehrt werden. Die Regierung könne diesem Vorhabe daher nicht zustimmen.

England bei künftigen Streitfällen.

bereit sein wird, alle Streitkräfte zu gebrauchen, nicht im Hinblick auf den Charakter irgend eines Streitfalles, sondern zum Zwecke, um die Völkervereinbarungen zu verteidigen.

Greg erklärte weiter den Gedanken, daß Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien eine Verpflichtung eingehen sollten, wonach, wenn zwei von ihnen eine Differenz hätten und eine von ihnen die Anwendung des Völkervereinbar zur Regelung des Streites verweigere, die andere einigwillig mit ihrer ganzen Macht gegen diesen Staat Partei nehmen würde.

Am Namen der Regierung erklärte Lord Bismarck.

am Namen der Regierung erklärte Lord Bismarck, die Politik der englischen Regierung gehe von der Überzeugung aus, daß es keinerlei Sicherheit geben könne, bevor eine allgemeine Vereinbarung über die Abrüstung erzielt sei. Eine allgemeine Abrüstung, die sich auf alle Länder

Deutscher Reichstag.

Donnerstag, 24. Juli. Am Regierungstisch Arbeitsminister Deuns. Präsident Baumbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protokolliert Abg. Kaff (Komm.) gegen das Verbot der Niederländischen Arbeitervereine in Hannover durch den Oberpräsidenten von Hannover. Dieser Mann müsse sich schämen, daß er in Platte wohnt. Die er Streich treibe sich in Speintzen herum. (Der Präsident erteilt dem Redner einen Ordnungsruf.) Der Redner fordert sofortige Verabschiedung der Zeitungsverbote.

Der Antrag kann nicht behandelt werden. Da Abg. Müller-Stranz (Soz.) widerspricht, bei den Kommunisten erhebt sich darauf ein Heulen. Sie bringen mit Kräften auf die Sozialdemokraten ein. Wegen beschämender Zurufe werden einige Kommunisten zur Ordnung gerufen. Als der kommunistische Redner sich nicht legt, droht der Präsident, die öffentlichen Geschäftsverhandlungen anzusetzen, wenn die Kommunisten weiter unhöflich vorfälschlich die Verhandlungen föhren.

Soziale Angelegenheiten. Die Befragung der Anträge des Sozialpolitischen Ausschusses zur Sozialversicherung und Erwerbslosensicherung, zur Kriegsbeschädigten- und Erwerbslosensicherung wird darauf fortgesetzt. In der allgemeinen Ansprache nimmt zunächst das Wort

Abg. Kiegler (Dem.), der ebenfalls, wie die anderen Redner, behauptet, daß nicht mehr für die Renten gesehen werden. Mit demagogischen Reden sei allerdings nichts zu erreichen. Die Parteien müßten sich auf einer gemeinsamen Linie einigen. Die Sozialpolitik leide unter diesen Reden, die hier zum Fenster hinausgeschrien werden.

Der Redner begründet eine Entschädigung, die von den Gemeinden eine besondere Arbeiter-Fürsorge und vom Reich die Geldmittel dafür verlangt. Er fordert eine Erwerbslosen-Versicherungsgesetz.

Abg. Schwarzer (Soz.) erklärt, daß man die von der überhöhen Renten und Renten nicht mehr ernst nehmen könne. Man müsse sich bei den Forderungen für die Renten im Rahmen des Möglichen halten. Der Redner tritt für die Berechnung der Unfallrenten nach dem wirklichen Lohnverdienst ein.

Abg. Wermann (W. V.) bemängelt die Anzahl der lokalen Gesetze und Verordnungen, in denen man sich nicht mehr aussehe. Abg. Stoll (D.) erklärt, unsere Sozialpolitik sei heute eben so lässig, wie unter ganzem laotisches Leben sei der Revolution überhaubt. Alle Arbeit sei fruchtlos, solange man nicht energisch gegen die Kriegsschuldigen und die Verfallenen Stellung Front mache.

Damit schließt die allgemeine Ansprache. In der Einzelberatung der Sozialversicherung und Unfallversicherung wendet sich

Abg. Herr (D.) gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, denen er Nationalsozialismus und Bismarckianismus vorwirft. Abg. Karsten (Soz.) hat den deutschnationalen Redner vor, er habe sich benommen, wie ein Dorfritter-Direktor. Keine Ahnung von Sozialpolitik, aber umso größer der Mund.

Abg. Stetter (Komm.) nennt die Anträge des Ausschusses eine furchtbare Enttäuschung für alle Rentenspendler.

Abg. Eger (Str.) tritt für die Ausschufträge ein. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Antikontingente wird dem Steueraus Ausschuss überwiesen. Im übrigen werden die Ausschufträge zur Sozialversicherung und Unfallversicherung angenommen.

In der Einzelberatung der Kriegsbeschädigtenrenten weist Abg. Buhhahn (D.) die Behauptung zurück, daß an der ungenügenden Verteilung der Kriegsgelder die sogenannten Kapitalisten schuld seien. In Zukunft handele es sich um eine Sozialversicherung. Der Redner verlangt die Wiederherstellung der wohlverdienten Rechte der früheren Offiziere.

Abg. Bodmann (Soz.) behauptet die geringe Differenz für die notleidenden Reste des Einkommens des deutschen Volkes. Das Bürgerturn habe wohl Geld übrig, um Privatangelegenheiten gegen die Republik auszurufen, aber für die drei Millionen Kriegsbeschädigten habe man keine Mittel zur Verfügung.

Darauf wird die Beratung unterbrochen und es werden die Ausschufträge zur Sozialversicherung und Unfallversicherung in dritter Lesung einigwillig angenommen.

In der fortgesetzten Einzelberatung der Kriegsbeschädigtenrenten erhebt Abg. Eger, (Komm.) (Komm.) Protest gegen die niedrigen Rentenätze.

Abg. Dr. Bodius (Str.) verurteilt das Zentrum energisch gegen den Vorwurf der Deutschen, der ihm von den Kommunisten gemacht worden ist.

Abg. Thiel (D.V.) macht den Kommunisten vom Vorwurf, daß sie alle parlamentarischen Arbeiten föhren, auch jetzt die Verhandlungen über die Art der Kriegsschuldigen.

Beschwerden über unregelmäßige Zustellung der „Oberliga Zeitung“.

Bitten wir der Geschäftsstelle, Wiefenerstraße 9 telephonisch schriftlich oder mündlich zu melden. Wir werden sofort Abhilfe leisten. Die Geschäftsstelle.

Kunst und Wissenschaft.

Von der Breslauer Universität.

Dem Doktor der katholischen Theologie promoviert: V. Adolf (Paul) Sedwolorz D. S. M. aus Breslau. Zum Doktor der Rechtswissenschaften promoviert: Referendar Friedrich Freiherr v. Obergay aus Göttingen und Referendar Albert Franz aus Berlin. Zum Doktor der Philosophie promoviert: Hermann Gromotka aus Pilschitz, Ost- und Johann Friedrich Matus aus Breslau, Art. Ernst Reichert aus Breslau und Maximal Richter aus Breslau. Zum Doktor der Zahnheilkunde promoviert: Zahnarzt Max Mittel aus Breslau. Zum Doktor der Philosophie promoviert: Friedrich Appel aus Breslau und Hel. Eva Haberland aus Breslau.

Zu Defekten hat das neue Studienjahr 1924/25 sind gewöhnt in der evangelisch-theologischen Fakultät Professor Dr. Zischner, in der katholisch-theologischen Fakultät Professor Dr. Schuler, in der rechtswissenschaftlichen Fakultät Professor Dr. Schuler, in der medizinischen Fakultät Professor Dr. Schuler und in der philosophischen Fakultät Professor Dr. Schuler.

— Direktor Otto Neutter, der bekannte Sammler, plant für den Winter die Errichtung eines eigenen Theaterunternehmens in Berlin, dessen Programm die „Otto-Neutter-Sänger“ heißen sollen. Neutter, der schon einmal in Berlin während des Krieges das Palasttheater am Zoo (den heutigen Händelplatz) als großes Variete geleitet hat, wird das sein eigenes Varietee, Singschule und Operntheater sein.



Verein ehem. Jäger u. Schützen
Gegr. 1911, Beuthen O.S. Gegr. 1911.

Einladung zum Fahnenweihfest

Festfolge:
Sonntag, den 26. Juli, 8 Uhr abends:
Festkommers mit Damen
im großen Saale des Konzerthauses,
Ehrengäste und Vorstandmitglieder der ein-
geladenen Vereine sind herzlich willkommen.

Sonntag, den 27. Juli 1924:
8¹⁵ Uhr vorm. - Antreten vor der Fahne, Grüppchenfrage, Ede
Große BlottnigstraÙe.
8³⁰ Uhr: Anmarsch zum Festgottesdienst nach der Marienkirche.
8⁴⁵ Uhr: Festgottesdienst. WeiÙe der Fahne. Beteiligung der Pater-
und Kameradenvereine erwünscht.
10 Uhr: BegrüÙung der Gäste im Vereinsstol Restaurant Schütting.
11¹⁵-12¹⁵: **Musikfest** auf dem Kaiser Franz-Josef-Platz.
2 Uhr: Antreten der eingeladenen Vereine auf dem Kaiserplatz, dort
Ausgabe der Festkarten und Auslosung der Reihenfolge.
2³⁰ Uhr: Aufstellung der Fahnenabordnung vor dem Denkmal Friedrich
des GroÙen. - Kranzniederlegung.
2⁴⁵ Uhr: Anmarsch des Festzuges nach dem Ring, dort selbst Ansprache,
FahnenweiÙe, Vorbeimarsch vor den Ehrengästen, Einziehen ber-
fahren in den Festzug und Anmarsch nach dem Schützenhaus.

GroÙes Gartenkonzert
ausgeführt von der auf 60 Mann verstärkten Kapelle des Landesjäger-
bundes unter Leitung des Musikdirektors Herrn Fingas
und Kapellmeister Herrn Gebeliga.
Während des Konzerts: Beteiligung in den Sälen nach schließlicher
Zeit, Preiserschießen und Verlosung wertvoller Geschenke, kosten-
lose Kinderbeteiligung auf der Festwiese.

8 Uhr abends: **Festball** in den Sälen des Schützenhauses.
Der Vorstand.
Händermann. Zworek. Ogorek.

Saison-Ausverkauf

- | | | |
|---|---|---|
| Untertaillen
reichlich garniert
Stück 1 ⁸⁵ , 1 ⁸⁵ , 6 ⁸ | S
e
h
r
b
i
l
i
g | Herren-Einsatzhemden
aparte Muster
Stück 2 ⁵⁰ und 1 ⁷⁵ |
| Damen-Garnituren
Hemd und Beinkleid
Garnitur 8 ⁵⁰ , 6 ⁹⁰ , 4 ⁸⁵ | | Bunte Herren-Garnituren
Jacke und Hose
Garnitur 9 ⁵⁰ , 8 ⁷⁵ , 6 ¹⁰ |
| Herren-Nachthemden
Stück 6 ⁷⁵ , 5 ³⁵ , 4 ⁷⁵ | | Herren-Kragen weich
einzelne Formen, einzelne Größen
Stück 14 |
| Spielhüschchen
bunt und farbig
3 ¹⁰ und 1 ⁷⁵ | | Kindersportwesten
schöne Farben
Stück 5.- und 4.- |
| Waschkittel und Waschkleiden
Stück 2 ⁶⁵ und 1 ³⁵ | | Wäschestickereien
1 Stück 9 ⁵⁰ m 4 ⁶⁰ m 4 ⁶⁰ m
9 ⁵ 8 ⁸ 9 ⁵ |
| Kindersweaters
40-55 cm
Stück 1 ⁹⁵ | | Damen-Schluphosen
Kunstseide, viele Farben
Paar 4 ⁸⁵ |

Emanuel Foerster

Beuthen O.-S., Gleiwitzer Str. 26.

Einfach möbellestes
Zimmer
in Beuthen od. Hof-
berg von Grubenbräu-
erinnen mit FreihoÙe
ab 1. 8. 1924.
zu mieten gesucht,
Küche unter 2 51
an die Gasse d. 3. Jg.

Offene Stellen
1 Bedienung-
oder
Dienstmädchen,
ehrlich und fleißig, für
sofort gesucht.
Beitz, Beuthen,
Friedrichstraße Nr. 27.

Neuer Beruf!!
Hohes Neben-
kommen durch Er-
richtung eines Ver-
sandgeschäftes.
Heimindustrie, etc.
Ganz neue WeiÙe
Näh. durch G.
Lohnstr. 22 an
Adr. Schlessfach
154 in Heideberg.

Verschiedenes
Geld zu jed. Sum. zu
Druck, Berg, Geldauf,
Dresden, Gleiwitzer-
straße 15, Rüd. erb.

Sommerproffen!
Ein einfaches, wunder-
bares Mittel teile gern
jedem mit!
Frau M. Poloni,
Hannover-B.
Edenstraße 30 A

20 M. täglich
und mehr, je nach
Preis u. Geschickl.
verloren Herren
u. Damen 1. Haupt-
oder Nebenpreis,
auch bei Verloren
nur in Bekanntheit
mit unseren Lehrb.
Wir senden 4
Muster, 2. Entzug
preise von nur
2 Mark
Prosp. u. Anleitung
gegen Rückporto.
COLOMBIA-
VERLAG,
Stuttgart,
Postfach 218.

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme
und die schönen Kranzspenden beim Hinscheiden
unserer innig geliebten, guten Tochter u. Schwester,
Nichte und Cousine der Jungfrau
Paula Schwerdtfeger
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.
Ein herzliches „Gott vergelt“ der hochw.
Geistlichkeit von St. Maria für das ehrende Grä-
berleit, besonders Sr. Hochw. Herrn Oberkaplan
Malina für die tröstenden Worte am Grabe. Auch
dem Kirchenchor von St. Maria recht herzlichen
Dank für den erhebenden Gesang.
Beuthen O.S., den 25. Juli 1924
Die trauernden Hinterbliebenen.

SchlüÙelbund,
Donnerstag, den 27. Juli,
in der Prome-
nade gefanden.
Abzuholen gegen
Ersstattung der In-
formationen i. d.
Geschäftsst. d. 3. Jg.

Wer
beteiligt sich!
an einer Kranken-
versicherung mit Pa-
tientenversicherung für In-
und Ausland. Dffer
unt. 4 43 an die Ge-
schäftsstelle der Zeita

Kath. Jugend- u. Jungmännerverein
„St. Maria“ Beuthen O.S.
Am Sonntag, den 27. Juli etc., begehrt obiger
Verein sein
12. Stiftungsfest
verbunden mit
Fahnen-WeiÙe
im Garten-Restaurant Pawelczyk-Rohberg
bestehend aus Garten-Konzert, Festrede, Kinder-
beteiligung, Preiserschießen für Damen u. Herren
und Verlosung.
Abends: Fest-Ball.
Wir laden die gesamte Bürgerschaft von Beuthen
und Rohberg zu diesem Feste herzlich ein
Der Vorstand.
Bocionek, Kaplan und Präses.

Katholischer Meißler-Verein
Beuthen O.-S.
Unsere Mitglieder werden hiermit zum
Fahnenweihfest
des Kathol. Jugend- und Jungmänner-
vereins von St. Maria
am Sonntag, den 27. Juli, im Bürger-
garten von Pawelczyk-Rohberg ein-
geladen. Früh 8 Uhr: Kirchgang zur Fah-
nenweiÙe. Nachm. 2¹⁵ Uhr: Antritt zum
Festzug auf dem Friedrich-Wilhelms-Ring.
Da dieser Verein bei der FahnenweiÙe
die Ehrenstelle vertritt, wird um vollständiges
Erfolgeln erlucht.
Der Vorstand.

Kaiserhofgarten Beuthen O.S.
Freitag, den 25. Juli 1924,
abends 8 Uhr
Walzer- u. Operellen-
Abend
ausgeführt von der Kapelle der Juliengärten.
Leitung: Hasso Boss.

Koth's Garten-Etablissement
Beuthen O.S., Kleine Blottnigstraße.
Von Sonntag, den 27. Juli, ab:
GroÙes 8-tägiges Gastspiel
von
Hr. Ruth Habrankski vom Stadt-
theater
Herrn Heinz Gerhard Beuthen O.S.
Sonntag:
GroÙ. Opern-, Operellen- und
Rezitations-Abend
hierzu Maximilian-Dorffner.
Sonntag von 4 Uhr nachmittags ab.

Einige wichtige, bei der Privatmusik
ausgeführt.
Reisende
ausg. Damen, für Expediente und Bediener
gegen hohe Bezüge sofort gesucht.
E. Hasch, Kaiser Franz-Josefplatz 4.

SIL
Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.
SIL Henkel's Beliebtetes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
— OHNE CHLOR —

Zu dem am Sonntag, den 26. d.
Mts., 8 Uhr abends in den Festsälen des
Schützenhauses stattfindenden
Sommernachts-Ball
laden wir unj. Schülertreis nochmals erg. ein.
Gegen 10 Uhr: Einlegen von Ballett- und
Tanzgruppen. Gefestigte Blondscheinmalzer.
Sonnig Ballmusik. Eltern frei.
A. Wischeropp, Tanzschule.

Amtliche Bekanntmachungen
In unser Handelsregister Nr. A Nr. 1761
ist heute die Firma: „Agnes Piotta“ in
Beuthen O.S., und als ihr Inhaber die
Witwe Agnes Piotta geb. Salewast in
Beuthen O.S. eingetragen worden. Amts-
gericht Beuthen O.S., den 22. Juli 1924.

In unser Handelsregister Nr. A Nr. 72 ist
heute bei der Firma: „Mag Angers“ in
Beuthen O.S., eingetragen worden. Die
Prokura des Herrn Angers aus Beuthen
O.S. ist erloschen. Der Kaufmann Herbert
Angers aus Beuthen O.S. ist in das Geschäft
als persönlich haftender Gesellschafter einge-
treten. Die sonach durch die Kaufleute Mag
Angers und Herbert Angers aus Beuthen
O.S. als persönlich haftende Gesellschafter
gegründete offene Handlungsgesellschaft hat am
1. Juli 1924 begonnen und führt die bis-
herige Firma fort. Amtsgericht Beuthen
O.S., den 19. Juli 1924.

Wir suchen zur Unterfertigung von Büfen
und WeißwäÙe
gute und fleißige
Näherinnen.
Werbung mit Zeugnissen oder Referenzen
von 12-1 Uhr bei Firma
Lothar Tallert G. m. b. H.,
Beuthen O.-S., Lachowitzerstraße 23.

1-3 Zimmer-
Wohnung
gegen Zufuß zu vermieten.
Architekt Grabosch, Wilhelmstraße 22.

Rasier-
Klingen
gratis
sende ich, um mei-
nen neuen für
Selbststrahl er-
höht wichtigen
Rasier-Klingen-
Schleif-Apparat
schnell bekannt zu
machen. Adresse auf
Postkarte genügt.
Frey's Spezialhaus,
Berlin SW. 48,
Friedrichstr. Nr. 2049.

Printator
Die Fauser-Notizblatt
Verband zu Original-
Fabrikpreisen gegen
Nachnahme oder Vor-
einblendung. Breite:
Bredell 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30
Druckerkollektion 3 St.
1, 50 St., 12 St., 5 St.
Wiederverkauf gelucht
Origin.-Fabr. Rabatt
Gebr.-Verband g.m.H.
Berlin S.W. 11
Deffauerstraße Nr. 88

Coupekoffer
Bahnkoffer
Schrankkoffer
Rucksäcke
Bettsäcke
Wäschetaschen
sehr billig.
Heinrich Feindler
BEUTHEN O.S.,
Tarnowitzer Straße 8.
Lederwaren und Reiseartikel.

Schützengilde Beuthen O.-S.
Zwecks Ausübung der Patenschaft
beim Fahnenweihfest des Vereins ehemal.
Jäger und Schützen am Sonntag, den 27. d.
Mts., Antreten nachm. 1¹⁵ Uhr im Rathause.
Zahlreiche Beteiligung Ehrensache!

Einige wichtige, bei der Privatmusik
ausgeführt.
Reisende
ausg. Damen, für Expediente und Bediener
gegen hohe Bezüge sofort gesucht.
E. Hasch, Kaiser Franz-Josefplatz 4.

